

An den
Präsidenten des Gemeinderats
der Stadt Uster
Herrn Jean-François Rossier

8610 Uster, 3. November 2010

Motion

Nachhaltige Energie- und Umweltpolitik für die Stadt Uster

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Strategie zur nachhaltigen Energie- und Umweltpolitik der Stadt Uster vorzulegen. Ziel ist die Erreichung einer eigenständigen, nachhaltigen, innovativen und pionierhaften sowie imagefördernden Wirtschafts- und Energiepolitik. Die Strategie soll sowohl für den unmittelbaren Zeitraum bis zum Jahr 2020 als auch für einen längerfristigen Zeithorizont (z.B. 2050) Zielsetzungen enthalten.

Begründung:

Die Stadt Uster verfügt heute über keine eindeutige Energiepolitik. Zwar ist Uster mit dem Label 'Energie-stadt' zertifiziert und in absehbarer Zeit soll das europäische Label auf der Stufe 'Energienstadt GOLD' angestrebt werden. Eine Zielsetzung lässt sich mit dem Erreichen solcher Label jedoch nicht ablesen. Die zur Erreichung dieser Zertifizierungen notwendigen Massnahmen sind eher der Kategorie Breitensport als dem Spitzensport zuzuordnen. Zu einem nachhaltigen Beitrag für den Klimaschutz sind auf lokaler Ebene erhebliche Anstrengungen unabdingbar. Über Aktionsprogramme, anhand derer ein entsprechender Beitrag messbar festgestellt werden könnte, verfügt Uster im Gegensatz zu anderen Städten und Gemeinden nicht.

So werden beispielsweise anstehende Gebäudeinstandsetzungen jeweils nach MINERGIE geplant und realisiert, entsprechende verbindliche Vorgaben, geschweige denn die Absicht die jeweils höchsten Standards wie beispielsweise aktuell MINERGIE P Eco oder künftig MINERGIE A anzuzielen, fehlen aber gänzlich. Das Energiekonzept ist veraltet, rudimentär und enthält auch keine Zielsetzungen. Die sich zu 100% in städtischem Besitz befindliche Energie Uster AG verfolgt zudem eine sehr zurückhaltende, wenig pionierhafte Politik. Seit kurzen existiert ein Ökofonds, eine Solarstrombörse oder der Betrieb eigener Fotovoltaikanlagen respektive das Anbieten von Contractinglösungen solcher Anlagen für Dritte fehlen.

Die Stadt Zürich hat dazu die Zielsetzung der 2000 Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung verankert, Österreichische Gemeinden sprechen sogar von Energieautarkie; in Uster aber fehlt eine entsprechende Strategie. Eine entsprechende Wirkung wird sich aber nur mit einer politisch abgesicherten Zielsetzung erzielen. In Zürich wird die Zielsetzung der 2000 Watt-Gesellschaft mit verschiedenen, bereits seit mehreren Jahren bewährten Programmen verfolgt. Dazu gehören insbesondere die Masterpläne Energie und Umwelt sowie ein Aktionsprogramm zum umwelt- und energiegerechten Bauen (7 Meilenschritte).

Das Stadtgebiet von Uster umfasst im Gegensatz beispielsweise zur Stadt Zürich erhebliche Freiflächen

in Form von Landwirtschaftsland und Waldflächen. Uster hat Seeanstoss und verfügt in bescheidenem Ausmass über Wasserkraftanlagen. Uster versteht sich als Wohnstadt in der weiteren Agglomeration von Zürich, hat weitgehend politische Autonomie aber verhältnismässig wenig Arbeitsplätze. Die Stadt ist im Rahmen der S-Bahn respektive des Verkehrsverbunds hervorragend mit ÖV erschlossen. Auf Basis dieser Voraussetzungen könnte eine innovative, eigenständige sowie imagefördernde Umwelt- und Energiepolitik verfolgt werden, in die auch die Region miteinbezogen werden kann. Denkbar ist beispielsweise die nachhaltige Erfüllung von Energiedienstleistungen auf Basis ausschliesslich lokal oder regional vorhandener respektive erzeugter und/oder umgewandelter erneuerbarer Primärenergie.

Ob Nullenergie-Gebäude welche im Prinzip energieautark funktionieren, Bauernhöfe die sich nahezu selbst mit Energie versorgen oder Produktions- sowie Dienstleistungsbetriebe welche mit 100% erneuerbarer, lokal gewonnener Energie auskommen; Ziel einer derart nachhaltigen Energie- und Umweltpolitik könnte es stets sein, möglichst den gesamten eigenen Energiebedarf umweltverträglich selbst zu produzieren oder über Dienstleister aus der Region zu beziehen. Insbesondere die Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen wie Erdöl und Gas aber auch von Kernenergie sollen auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Entsprechende Ziele müssen langfristig anvisiert werden. Eine Bedarfsdeckung aus regionaler Versorgung kann vorausgesetzt werden, ohne den Begriff 'regional' näher zu definieren.

Eine entsprechende Strategie kann weder von oben herab noch von einer Bürgerbewegung initiiert werden. Nötig ist gemeinsames Wollen und Handeln von Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Landwirtschaft, Institutionen und Privatpersonen. Vorrangiges Ziel soll es sein, den Energiebedarf durch effiziente Technologien (Effizienz) und bewusstes NutzerInnenverhalten (Suffizienz) zu senken und den langfristigen Umstieg von fossilen Energien auf erneuerbare zu schaffen. Von entsprechenden Massnahmen können nebst der Wirtschaft und allen Bewohnern auch das Klima nur profitieren. In Uster bestehen auch einzelne gute Initiativen privater Unternehmer wie beispielsweise diejenige des die Baumschulen der Firma Kunz im Gschwader

Nicht zu unterschätzen ist der Prozess der Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung: Diesbezüglich kann das Sichtbarmachen lokaler Energieversorgungen genauso Wirkung entfalten, wie reine Sensibilisierungskampagnen zum Energiesparen, Beratungsangebote für Bauherren und die Wirtschaft, oder das Mitmachen bei schweizweit verbreiteten Aktionen wie beispielsweise Mobilitätstagen.

Eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik könnte auf folgendes setzen:

- Energie-Selbstversorgung aus erneuerbaren regionalen Quellen
- Unabhängigkeit von externen Energiequellen ausserhalb der Region
- Unabhängigkeit von externen Energielieferanten ausserhalb der Region
- Unabhängigkeit von externen Entscheidungen ausserhalb der Region

Eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik könnte auch folgendes beinhalten:

- das Erheben von Grundlagen zur Ausgangssituation
- das Benennen von Schwachstellen, Beziffern von Verbesserungspotenzial sowie das konkrete Ausarbeiten und Formulieren von Teilzielsetzungen, das Ausarbeiten eines Aktionsplans mit entsprechenden Projekten und Aktivitäten
- das Formulieren eines gemeinsamen (regionalen) Gesamtziels
- Aktivitäten zur Information und Beratung zwecks Bewusstseinsbildung
- das Aufbauen und Fördern erforderlicher Allianzen innerhalb der Region, aber auch das Aufbauen und Fördern von Austausch und Kooperation mit interregionalen Partnern
- das Messen und Evaluieren von Ergebnissen und Abgleichen von Teilerfolgen mit dem Gesamtziel (Controlling)

Walter Meier

